

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **58 (1978)**

Heft 6

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

BERUFSVERBOT FÜR BISCHÖFE

Zur Lage der Kirche in der Tschechoslowakei

Die Tschechoslowakei ist auf eine seltsame, geradezu zahlenmystische Weise mit den Jahreszahlen verbunden, die auf «acht» enden. So ist das Jahr 1978 also auch in vielfacher Weise ein Gedenkjahr für Böhmen, Mähren und die Slowakei. 1918 wurde der Staat gegründet. 1938 wurde ihm im Münchner Abkommen der Todesstoss versetzt. 1948 kam es zum Prager Februarputsch und der kommunistischen Machtergreifung. 1968 begann im Januar mit der Wahl Alexander Dubceks zum Parteisekretär der «Prager Frühling», dem noch im hohen Sommer der erstarrende Frost folgte.

Dreissig Jahre Kommunismus feiert man heute in Prag. Für die Christen ist es ein dreissigjähriger Glaubenskrieg und Kirchenkampf. Er war erbarmungsloser als in irgendeinem anderen ostmitteleuropäischen Land.

Das ist kein Zufall, sondern hat Geschichte. Böhmen war ein Land der Ketzer. Der grösste unter ihnen war Jan Hus. Bei diesem Namen erglühen noch heute die ungläubigsten tschechischen Herzen in nationaler Leidenschaft. Sozialisten preisen ihn als Revolutionär der unterdrückten Klassen. «*Los von Rom*», das war nach der Schicksalschlacht am Weissen Berge von 1618 für viele Tschechen untrennbar verbunden mit dem Hassschwur «*Nieder mit Habsburg*». Das 19. Jahrhundert schien beides zu erfüllen. Es brachte dem in der Agonie dahinsiechenden tschechischen

Volk das Wunder der nationalen Wiedergeburt.

Als sie 1918 ihren Staat erhielten, rechneten sie mit Habsburg und Rom ab. Unter Gebildeten gehörte es zum guten Ton, konfessionslos zu sein. Eine neue nationale «*Tschechoslowakische Kirche*» zählte binnen kurzem nahezu eine Million Mitglieder. Sie taugte freilich nicht viel mehr als jene nationalsozialistische «*Reichskirche*» mit ihrem «*Reichsbischof*» Müller, von der wohl kaum ein junger Deutscher von heute je etwas gehört hat. Doch für den Abfall vom Glauben bedurfte es in Böhmen nicht erst des Kommunismus. Man kann sogar umgekehrt behaupten, dass der starke tschechische Kommunismus der Zwischenkriegszeit und der drei Nachkriegsjahre vor dem Putsch vor allem vom Atheismus breiter Volksschichten und besonders der Intelligenz profitierte. Der Zynismus der Prager Kirchenpolitik in den letzten dreissig Jahren und der merkwürdig gebrochene Widerstand der Kirchen kann nur aus der Kenntnis dieser Wurzeln begriffen werden. Liberaler Agnostizismus, Aufklärung im Sinn des französischen 18. Jahrhunderts hatte das geistige Leben der Ersten Republik zwischen den Kriegen geprägt. Die Kirche und ihr Aberglaube wurden nicht einmal mehr gehasst, sondern verachtet und verspottet. Bei diesem Volk hatte es 1948 Klement Gottwald leicht, die Kirche zu enteignen und zu entrechten. Er konnte es

sich sogar leisten – eine schauerliche Groteske –, sich mit einem Festgottesdienst im Prager Veitsdom zur Macht ergreifung feiern zu lassen.

Jener damalige Erzbischof Josef Beran hat seinen demütigenden und ängstlichen Verrat an der Romkirche Pius' XII. bald bitter büßen müssen. Ein Jahr später wurde er verhaftet, zwei Jahre darauf kurzerhand abgesetzt, als Kardinal durfte er 1965 nach Rom emigrieren, wo er 1969 starb. Ein nationales Symbol ist er auch nach seinem Tode nicht geworden wie Kardinal Mindszenty für Ungarn oder wie schon zu Lebzeiten der so viele stürmische Jahrzehnte durchkämpfende Kardinal Wysinski für Polen.

In Polen musste der kommunistische Staat von Anfang an einen Modus vivendi mit der Kirche suchen, da sie die grosse Mehrheit des Volkes repräsentierte. In Ungarn ist die Macht der Kirche kleiner; und doch hat Janos Kadar, der Verwalter des Landes seit dem demokratischen Revolutionsjahr 1956, im letzten Jahr Papst Paul VI. einen aufsehenerregenden Besuch abgestattet und dem Gastgeber und der Welt mitgeteilt, dass es noch viele Generationen des Sozialismus und des Christentums in Ungarn geben werde. Das mag Taktik im Hinblick auf die Belgrader Konferenz gewesen sein, Bestärkung der vaticanischen Ostpolitik, Kräftigung der Glaubwürdigkeit des Euro-Kommunismus, aber es ist auch Anerkennung der Bedeutung der Kirche in seinem Lande.

Eine gleiche Äusserung aus dem Mund des tschechoslowakischen Parteichefs Gustav Husak wäre reine Heuchelei eines fanatischen Atheisten, ein taktisches Manöver gegenüber dem Westen, ein Spiel mit dem gutgläubigen

Papst, der in der Ostpolitik mehr riskiert als bei der Empfängnisverhütung, ein Spott über den gläubigen Rest seines Volkes, der sich selber heute in seinen tapferen offenen Briefen mehr oder weniger auf einen Minderheitenschutz beruft, eingedenk der kleinen Zahl.

Die Kirchenpolitik, die Antikirchenpolitik und Atheismuspropaganda hatten es hier leichter als in Polen und Ungarn; sie war deshalb auch viel erfolgreicher. Zuerst konfiszierte man ihren Besitz, die materielle Grundlage für sie als freier Partner gegenüber dem Staat in feudaler und bürgerlicher Zeit. Dann nahm man ihr das Seelenkorsett, indem man die Orden auflöste, deren mystisches und karitatives Leben und Wirken ein Ärgernis in einer materialistischen Welt waren. Sodann wurde der Religionsunterricht abgeschafft; die religiöse Unterweisung der Kinder muss von den Eltern schriftlich beantragt werden, was Bekennermut erfordert. Das «*Opium für das Volk*» sei in einer sozialistischen Gesellschaft überflüssig geworden. So ist auch religiöse Literatur überflüssig, das Evangelium mit seiner konterrevolutionären Ideologie eingeschlossen. Und schliesslich ging es um den Kopf, die Führung, die hierarchische Spitze. Dass die Tradition des Sakraments, die Weitergabe des Heiligen in einem personalen Akt der Weihe erfolgt, dass die Kirche eine Bischofskirche ist, die sich in der Weitergabe des Hirtenamtes von Christus bis in unsere Tage in ununterbrochener Folge vollzogen hat, ist ein von Atheisten natürlich nicht geglaubtes Mysterium. Und doch suchen sie es auszuschalten und damit Tradition, Führung und Gefolgschaft gleichermassen zu treffen. In der Tschechoslowakei ist dies in einem beispiellosen Ausmass gelungen.

Wer wie Gustav Husak zugleich Positivist, marxistisch-leninistischer Atheist und antiklerikaler Nationalist ist, muss sich über die heutige Lage in der Tschechoslowakei für die eigene Politik freuen. Wo man soviel genommen hat, kostet ein kleines Zugeständnis, eine winzige Rückgabe schier nichts, aber man kann sich der Toleranz rühmen, der Respektierung der Bürgerrechte und der Verfassung. Der Leiter des Kirchenamtes vor und nach Alexander Dubček mit dem ominösen Namen Hrůza, was zu deutsch «Schrecken» heisst, hat sicher nicht zufällig vor Eröffnung der Belgrader Konferenz ausdrücklich die Verdienste der Tschechoslowakei für das religiöse Leben herausgestellt und zugleich die kapitalistischen Massenmedien bezichtigt, verleumderisch über die Kirchenpolitik und die Verletzung des Grundrechts der Glaubensfreiheit zu berichten. Was er und seine Mitarbeiter im letzten halben Jahr auffällig häufig in Interviews und Zeitungsartikeln berichten, ist allerdings nie in Abrede gestellt worden. Was sie auslassen – auf das kommt es an. Die hunderte Millionen Kronen für Kirchenerhaltung könnte man ebenso gut unter die Rubrik «nationaler Denkmalschutz» setzen. Dass 18 verschiedene Religionsgemeinschaften anerkannt seien gegenüber nur 16 in Österreich, liegt an den Umständen und nicht an österreichischer religiöser Intoleranz. 27 religiöse Zeitschriften könnten erscheinen – wiederum eine Zahl statt dem, was interessiert: wer darf darin schreiben und worüber. Vor allem aber die Millionenbeträge für die Gehälter der 4860 Priester, die der Staat seinen ideologischen Gegnern zahlt. Von den 100 im Gefängnis, von den 500 unter Berufsverbot Stehenden ist keine Rede. Die

Summe nachgerechnet weist den Priesterberuf als einen der schlechtest bezahlten aus. Diese Staatsbediensteten mit Treueid auf die Verfassung sind übrigens nicht durchweg Regimegegner. Schon vor 1948 gab es zahlreiche Priester, die aus nationalistischen, aus panslawistischen, auch aus sozialistischen Motiven der Sowjetunion und der kommunistischen Partei nahestanden. Sie mischten sich dann mit Opportunisten in der Friedenspriesterbewegung des Josef Plojhar, der seinen Judaslohn als Gesundheitsminister und Vorsitzender der «Volkspartei» bis 1968 bezog und – ungerührt von der Exkommunikation – auch seine geistliche Rolle weiter spielte. Er ist nach dem August 1968 nicht mehr auferstanden, wohl aber die Friedenspriesterbewegung unter dem neuen Namen «*pacem in terris*».

Auch das Ordensleben in der Tschechoslowakei regte sich 1977 noch einmal. 1950 waren die Orden aufgelöst worden. 1968 wurde diese Verfügung als ungesetzlich qualifiziert. Im Mai letzten Jahres protestierten die Oberen der katholischen Männer- und Frauenorden in einem Memorandum an das staatliche Kirchenamt, dass ihre Diskriminierung in offenem Widerspruch zur Schlussakte von Helsinki stehe. Doch da ihnen die Aufnahme von Ordenskandidaten verboten ist, könnte bestenfalls das Los der Überlebenden in den sogenannten Konzentrationsklöstern gebessert werden.

Helsinki hatte zur Überraschung der westlichen Skeptiker den Menschen in Ostmitteleuropa mancherlei neue Hoffnung gebracht. Ein Ausdruck dafür war die Charta 77, mit der Hunderte tschechischer und slowakischer Intellektueller das letzte Neujahr einleiteten. Der Märtyrer dieser Charta ist der Philo-

soph Jan Patočka, dessen Todestag sich am 13. März jährte. Man hatte ihn zu Tode verhört. Das ist kein Einzelfall. Man erinnert sich an den Bischof von Leitmeritz Stefan Kardinal Trochta. Er erlag am 5. April 1974 nach einem erregten Gespräch mit seinem Vorgesetzten vom staatlichen Kirchenamt einem Herzanfall. Kurz zuvor hatte er noch die neue Taktik des Kirchenkampfes mit den Worten charakterisiert: «*Sie wollen uns ganz lautlos auslöschen.*» Als im letzten Herbst der designierte erste Erzbischof der vor kurzem errichteten neuen slowakischen Kirchenprovinz Julius Gabris von der römischen Synode nach Tyrnau zurückkehrte – er hatte in Rom eindringlich die bedrängte Lage der Kirche und vor allem die Behinderung des Religionsunterrichts dargestellt –, wurde auch er nach Art des Landes verhört. Dieses Verhör und der ihm folgende Herzanfall endeten gottlob nicht auf dem Friedhof, sondern im Krankenhaus. Erzbischof aber wird Gabris nicht werden. Er hätte nicht aus der Schule plaudern dürfen. Schon hat man sogar mit Priesterunterschriften Briefe zur Hand, die ihn als Erzbischof unerwünscht nennen. Ob es beim Tod des wegen unerlaubten Religionsunterrichtes verurteilten Priesters Frantisek Jurecek, der erst vom Schlag gelähmt kurz darauf starb, auch nur mit verbalen Attacken zuzuging, ist unbekannt und bei dem von Amnesty International aufgegriffenen Fall des Priesters und Kunsthistorikers Jaroslav Studeny, der auch vom Gefängnis ins Krankenhaus kam. Neuerdings wird dieses Mittel im Rahmen des gesetzlich Erlaubten, die Schimpffolter, auch dort eingesetzt, wo Eltern zur Raison des Staates, zum Nachgeben oder Aufgeben gezwungen werden sol-

len, die ihre Kinder christlich unterrichten lassen wollen. Franz Kafka hat diese Art von Prozess vorausgesehen, vorausgelitten, vorausgeschrieben. Aus Expressionismus, Surrealismus ist Realismus, Praxis, Alltag geworden – im «goldenen Prag», in Böhmen, aber auch in der Slowakei.

Es hat sich im vergangenen Jahr einiges – zumindest scheinbar – zum Besseren gewandelt. Da war jene Charta, die nicht nur Verfolgungen und Prozesse auslöste, sondern auch zeigte, dass politischer Charakter im Lande des braven Soldaten Schwejk durchaus noch nicht tot ist. Unter den ersten 250 Unterzeichnern liest man den Namen des Theologieprofessors und Kunstgeschichtlers Josef Zverina aus Leitmeritz. Zahlreiche Juden verdankten ihm nach 1945 das Überleben. 1950 wurde er als Staatsfeind zu 13 Jahren verurteilt, 1968 rehabilitiert, doch nach zwei Jahren Lehrtätigkeit wurde er wieder als ungelernter Arbeiter auf ein Dorf transportiert, obwohl gleichzeitig sein fundamentales Buch über «*Ange wandte Kunst als Symbol*» erscheinen konnte. Solche nur schwer zu vereinbarenden Widersprüche sind zahlreich und verwirrend. Bisweilen sind sie sogar geplant und dienen zur Tarnung der politischen Ziele. So mussten sich die Bischöfe öffentlich zur Charta äußern. Kardinal Tomaschek begnügt sich mit der Feststellung: «*Ich gehöre nicht zu den Unterzeichnern des Dissidentendokuments.*» Drei slowakische Bischöfe rügten: «*Die Unterzeichner haben nicht das Gute anerkannt, das unsere sozialistische Gesellschaft für das Glück des Volkes leistet.*» Ausgerechnet der als Friedenspriester vom gläubigen Volk mit Misstrauen und auch offener Ablehnung bedachte Verwalter des Olmüt-

zer Erzbistums Josef Vrana enthielt sich einer Ablehnung. Ganz sicher trägt solche Taktik viel zur wachsenden Entfremdung zwischen Volk und höherem Klerus bei.

Der Ärmste unter ihnen ist wohl der höchst gestellte: Frantisek Kardinal Tomasek. Er wird im nächsten Jahre achtzig. Seit 1965 hat er als apostolischer Administrator, als Amtsverweser das Erzbistum Prag verwaltet. 1968 durfte er nach Rom reisen und nannte dort das, was damals in Prag geschah, «einen Traum». Er verflog mit dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes. Als ihm im letzten Sommer mitgeteilt wurde, dass Papst Paul ihn ins Kardinalkollegium aufgenommen habe, bot er Gustav Husak seine guten Dienste zum Heiligen Stuhl an. Der dankte in einem Glückwunschschreiben dafür und schickte Ende September seinen Unterhändler Hruza für eine Woche nach Rom. Der albanische Rundfunk kommentierte schon am zweiten Tag der Verhandlungen diese Tatsache so: «Die tschechoslowakische Revisionistenclique fährt fort, ihre Rundum-Kollaboration mit dem Zentrum des Weltobskurantismus, dem Vatikan, auszubauen.» Diese Meldung ist nicht so grotesk, wie sie klingen mag. Hier schwingt die Enttäuschung jenes Staates mit, der sich als der erste religions- und gottlose Staat der Welt rühmt und lange Zeit geglaubt und sogar verkündet hatte, dass die Tschechoslowakei als zweiter dieses Ziel erreichen werde. Das Ergebnis haben wir im Januar erfahren. Das eine lautet: Kardinal Tomasek wurde zum Erzbischof von Prag ernannt. Ein kranker Greis, dessen Weihbischof nur als Pfarrer geduldet wird, dem vom Vatikan erst ein Auto vermittelt werden musste – ein Führer

kann er den tschechischen Katholiken kaum werden.

Das andere Ergebnis mag wichtiger sein: die Errichtung der slowakischen Kirchenprovinz mit Tyrnau als dem neuen Erzbistum. In der Slowakei ist der Katholizismus intakter. Ein Bauernkatholizismus, denn die slowakische Intellektuellenschicht war protestantisch oder – wie Husak – freidenkerisch, und in dieser Hinsicht sogar militant. Da Husak in erster Linie slowakischer Nationalist ist und alles, was vom Prager Frühling blieb, die staatsrechtliche Trennung der beiden Brudervölker in eine Föderation der Tschechen und Slowaken ist, mag ihm sogar das Eingehen Roms auf die Gegebenheit der Staatsgrenzen etwas schmeicheln. Doch in der Besetzung der Bischofssitze ist man bislang nicht weitergekommen. Die Taktik ist eindeutig: entweder akzeptiert Rom dem Regime ergebene Friedenspriester oder es gibt keinen Bischof. Von den vierzehn Bischofsthronen der Tschechoslowakei sind nur drei besetzt, neben Prag die slowakischen Bistümer Nitra und Banska Bystrica. Dort residiert ein wunschgemässer «*pacem in terris*»-Priester, der in der Zeitschrift *Katolicke Noviny* engagierte politische Artikel veröffentlicht. Andererseits dürfen fünf Bischöfe ihre Funktion nicht ausüben, unter ihnen der bedeutende Theologe Karel Otcenasek und der junge Jesuit Karel Korec. Er wurde 1951, als man sich auf eine Katakombenkirche vorbereitete, heimlich zum Bischof geweiht. Er lebte als Arbeiter. 1960 wurde seine Weihe entdeckt. Nach acht Jahren Gefängnis brachte ihm das Jahr 1968 die Freiheit. Er lebt weiter als Arbeiter – «*so lange, bis auch der letzte slowakische Priester wieder sein Amt ausüben darf*», sagt er. Das ist ge-

wiss charakternvoll, doch kommt es einem Verzicht auf den Priesterberuf sehr nahe. Ein typisches Beispiel ist der Fall des Salesianerpriesters Stefan Javorsky. Er war zu achtzehn Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er ohne staatliche Erlaubnis unter Intellektuellen und jungen Leuten Religionsunterricht gegeben und das Hören des Vatikansenders empfohlen hatte. Als er gegen das Urteil Einspruch einlegte, wurde in einem zweiten Prozess die Strafe auf zwei Jahre erhöht.

Und doch ist eine gewisse Bewegung zu verzeichnen, die man im Lande des braven Schwejk, des Helden eines witzelnden Untertauchens, Ausweichens und Nichtstuns gerade auf dem Gebiet des Glaubens kaum erwartet hatte. Es sind zwei Briefe an Husak, der eine mit dem Datum 1. Oktober, der andere vom 28. Oktober, dem Staatsgründungstag. Sie tragen rund fünfzig Unterschriften tschechischer Priester und Laien, darunter zahlreiche bekannte Namen. Wohl bitten sie Kardinal Tomasek um Weiterleitung der Schreiben an den Staats- und Parteichef Husak und an das Parlament, fügen aber sofort hinzu, sie würden ihn andernfalls auch selbst abschicken *«und für ihn mit dem eigenen Gewissen und christlicher Verantwortung als einzelne bürger»*. Der Kardinal hat – zumindest im ersten Fall – die Weiterleitung nicht übernommen. Die Briefe zeugen vom Misstrauen vieler Gläubiger gegenüber dem hohen Klerus, der selbst dort – wo es sich nicht wie bei den Bischöfen von Olmütz und Banska Bystrica um Handlanger des Regimes handelt – die Ostpolitik des Vatikans höher zu stellen scheint als die tägliche Seelennot der Bevölkerung. Die ent-

hauptete Kirche der leeren Bischofsstühle ist nur eine Seite. Die andere heisst: gefangene Priester und Ordensleute, vorzeitige Pensionierung der Pfarrer, Begrenzung des Seminaristennachwuchses in den böhmischen Ländern auf zwanzig pro Jahr und seine strengste Überwachung durch den Staatssicherheitsdienst, Diskriminierung von Kindern und Eltern, die ihre Kinder zum Religionsunterricht schicken, Versammlungsverbot der Gläubigen ausserhalb der Gotteshäuser, systematisches Fernhalten der Gläubigen von den Bildungs- und Kommunikationsmitteln, aus den Bereichen von Kunst und Kultur. Im zweiten Brief heisst es dann zusammenfassend:

«Eine wahrhaftige und wirksame Normalisierung der Situation gläubiger Menschen in diesem Staat erfordert, dass den Gläubigen die Möglichkeit einer vollen Teilnahme am kulturellen Leben und Schaffen geboten ist.»

Der Prager evangelische Theologe Josef Hromadka, ein Freund von Karl Barth, sagte mir 1963, sechs Jahre vor seinem Tod (ich kam gerade von einem sekreten Besuch des isolierten Erzbischofs Beran): *«Wir sind so frei, wie wir es wagen, von unserer Freiheit Gebrauch zu machen.»* Gewiss, sagte ich etwas bitter, wer so viele Gemeinsamkeiten zwischen Kommunismus und Christentum entdeckte wie er, der könne wohl auch leichter davon Gebrauch machen. Die beiden offenen Briefe der Anklage vom Oktober 1977 aber sind Dokumente des Wagens für die Freiheit und für den Glauben.

Leonhard Reinisch

SADATS WAGNIS

Im Nahen Osten heisst eine erste Grundfrage: Ist Sprache, sind Gesten schon Substanz? Genügt es, sich in einmaligem Schauspiel zu umarmen – oder beginnt der Kern erst im Territorialen, im völkerrechtlich Festgeschriebenen? Seit Präsident Anwar as-Sadats Fahrt nach Jerusalem darf die Antwort lauten: Auch Gesten sind Substanz, wenn sie auf Anerkennung, Aussöhnung und Frieden hinzielen. Der Auftritt des Ägypters hat Israels Existenzrecht anerkannt und dreissig Jahre der Feindschaft überbrückt. Offen bleibt, ob Menachem Begin Sadats historische Öffnung auch zu nutzen versteht.

Überwältigende Geste

Wie immer Ägyptens Friedensoffensive enden wird: geschichtlich bedeutsam war der 19./20. November 1977 zweifellos. Sadats Rede vor dem israelischen Parlament geht als überwältigende politische Tat in die Chronik des Nahost-Konfliktes ein. Dass er es gewagt hat, vor der Knesset zu sprechen, zeichnet ihn als Denker und Gestalter von staatsmännischer Grösse aus. Für einen Araber könnte kein Kampfplatz steiniger, kein Parkett tückischer sein als die Legislative Israels. Sadat hat die Prüfung vor der mehrheitlich rechtsgerichtet-orthodoxen Knesset mit Selbstsicherheit, Intelligenz und orientalischem Charme bestanden.

Sein Gebet in der Al-Aksa-Moschee strahlt tiefe historische und religiöse Kraft aus. Für die Mohammedaner ist Jerusalem nach Mekka und Medina die drittheiligste Stadt. Nach ihrem

Glauben ist Mohammed vom Haram es-Scherif auf feurigem Ross in den Himmel gefahren. Im Felsendom zeigen sie bis auf den heutigen Tag den letzten irdischen Fussabdruck des Propheten. König Feisals brennender Wunsch war es, einmal zu Lebzeiten auf dem Hochplateau zwischen Al-Aksa und Felsendom zu beten. Für Anwar as-Sadat ist der Wunsch triumphal in Erfüllung gegangen, wenn auch Jerusalem – in arabischer Denkweise – noch nicht «befreit» ist.

Der Besuch in Jad Vaschem, der Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus, kam zeitgeschichtlich einem ergreifenden Bekenntnis zum jüdischen Staat gleich. Israels Führer geleiten ihre Gäste gern auf den kahlen Hügel am Herzl-Berg, um ihnen dieses politisch zentrale Mahnmal zu zeigen. Wer Jad Vaschem betritt, anerkennt schweigend, dass der Staat Israel besteht und – wie immer man seine Eroberungen, seine Gebiets- und Verwaltungspolitik bewerten mag – bestehen soll: dass er nicht mehr von der levantinischen Landkarte getilgt werden kann und darf, sondern den Juden Schutz bieten muss.

Begins Rangordnung

All das hat Präsident Sadat in einseitig gebliebener Geste bekannt. Scheitern könnte er daran, dass seine Initiative ein paar Monate zu spät kam: Die im Mai 1977 entmachtete Arbeiter-Regierung hätte, dies steht ausser Zweifel, die historische Öffnung mit einer beweglicheren Politik beantwortet, als es

Begin jetzt tut. So korrupt das alte Kabinett am Ende auch war: auf Sadats gewagten Zug wären Jitzhak Rabin, Schimon Peres, Jigal Allon, Israel Galili und wohl auch Golda Meir risikofreudiger, origineller und friedenswilliger eingegangen. Zu Sadats Tragik droht zu werden, dass er in Jerusalem auf einen Gegner gestossen ist, der den Frieden nicht so brennend sucht wie er.

Eine zweite orientalische Grundfrage lautet deshalb: Zieht Menachem Begin einer vernünftigen Regelung unter Gebietsverlusten ein Gross-Israel in permanentem Konflikt vor? Ist ihm der Traum von der levantinischen Grossmacht mehr wert als die Aussicht auf ein Ende des Kriegs? Stuft er Territorien tief im ursprünglichen Land des Gegners höher ein als Verträge, die Israels Sicherheit nicht mehr mit geladenen Kanonen, sondern völkerrechtlich verbindlich schützen würden? Die Antwort hängt vornehmlich davon ab, welche religiöse, historische und politische Rangordnung Begins Handeln bestimmt und wie sehr er den arabischen Nachbarn letztlich vertraut oder misstraut.

Regelung oder permanenter Konflikt?

Die Vertrauensfrage gliedert Israel, zieht man den grössten Raster nur heran, in zwei Denkschulen. Die erste, beweglichere, geht davon aus, dass der Nahost-Konflikt in geduldiger Annäherung zwar nicht gelöst, aber doch geregelt werden kann und muss. Verständigungswilligen Arabern wie Sadat oder Jordaniens König Hussein bringt sie ein Mindestmass von Vertrauen entgegen. Es gilt die Kissingersche Formel: «A piece of land for a piece of peace», ein

Stück Land für ein Stück Frieden. «Tauben» wie Rabin, Allon und Abba Eban gaben selbst strategisch wertvolles Gelände für erste Abkommen preis. Das Risiko dieser Politik liegt auf der Hand: fällt sie in den Krieg zurück, tritt Israel aus geschwächten Stellungen zum nächsten Waffengang an.

Die andere, die starre Denkschule vertraut den Arabern nicht. Sie sieht in der israelisch-arabischen Auseinandersetzung den permanenten Konflikt, der bald militärisch, bald diplomatisch und wirtschaftlich ausgetragen wird. Die Bewegung für Gross-Israel und ihr charismatischster Prophet, General Ariel Scharon, streben den Frieden gar nicht an, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Je weiter Israel seine Stellungen vorschiebt, argumentiert Scharon, desto erfolgreicher besteht seine Armee den nächsten Krieg. Scharons Politik rechnet mit dem immerwährenden Kampf und geht das Risiko ein, dass Israel historische Chancen zur Aussöhnung verpasst und den unversöhnlichen Kräften in der arabischen Welt den Rücken stärkt.

Menachem Begin gehört in seiner Tradition und Denkweise eher der zweiten Schule an. Als Oppositionsführer redete er einem «grösseren Israel beidseits des Jordans» das Wort. Starke orthodoxe Kräfte unterstützen ihn, sobald Israels Anspruch auf «Judäa und Samaria» – lies: Cisjordanien oder das Westjordanland – in Frage gestellt wird. Im Kabinett verbinden sich nationalistische Heisssporne mit religiösen Eifern wie Zevulun Hammer zu einer einflussreichen Allianz. Scharons und Hammers Motive mögen zwar nicht die gleichen sein: ihr gemeinsamer Drang nach Expansion, der sich in einer widersinnigen Siedlungspolitik niederschlägt,

stellt für Sadat gleichwohl ein Haupthindernis dar.

Weizman und Dayan als Gegengewicht

In der nationalreligiösen Regierungspartei verschiebt sich der Akzent immer mehr von «religiös» auf «national». Je mehr Einfluss Hammers Junge Garde gewinnt, desto stärker tritt der innenpolitische Kleinkrieg um Sabbat- und Speisegesetze in den Hintergrund. Hammer streitet, in seinen eigenen Worten, nicht «für eine zusätzliche Religionschule, eine Synagoge oder ein Ritualbad mehr». Ihm liegt die Zukunft der 1967 besetzten Gebiete am Herzen. Erste Stützpunkte sind errichtet in Kiriat Arba über der Patriarchenstadt Hebron und, ursprünglich widerrechtlich, in Kaddum bei Nablus. Verantwortlich zeichnet der Gusch Emunim, der mächtige Block des Glaubens, dessen Strategie Sadats Initiative vollkommen zuwiderläuft.

Ein Gegengewicht bilden in der Regierung Verteidigungsminister Ezer Weizman und Aussenminister Moshe Dayan. Nicht dass Weizman zu den «Tauben» zählte, im Gegenteil: er kann so «falkisch» reden wie Begin selbst. Aber seine Denk- und Handlungsweise zeichnet sich durch differenziertere Methoden aus, als sie der Premier beherrscht. Als ehemaliger Kommandant der israelischen Kampfpiloten kann Weizman auch mit Rückzügen und Vermittlungsangeboten rechnen. Mehrmals hat er sich in Widerspruch zu Begin gesetzt; doch hört der Regierungschef aus militärischen Gründen auf ihn. Gleiches gilt für Dayan: der gewandte Fuchs packt diplomatische Probleme

pragmatisch, nicht dogmatisch an. Er besitzt Beginns Vertrauen dank seines schillernden Ansehens in der Welt.

Peripherer Sinai

Grundfrage drei lautet: Wie nimmt das arabische Umfeld Sadats Initiative auf? Und welcher Stellenwert kommt der Sinai-Halbinsel als dem Hauptanknopf zwischen Ägypten und Israel im Gesamtkonflikt überhaupt zu? Geographisch liegt der Sinai auf dem nahöstlichen Theater an der Peripherie. 180 offene Kilometer trennen den Suezkanal von der alten Grenze bei Rafah; einige zehntausend Beduinen fallen politisch kaum ins Gewicht. Diplomatisch und strategisch liegt die Halbinsel aber weniger abgelegen da: dreimal, 1956, 1967 und 1973, war er Casus belli, Kriegsgrund, für die eine oder die andere Partei. Ägypten war unter Gamal Abdel Nasser die Vormacht in der arabischen Welt und erhebt einen Führungsanspruch auch unter Sadat.

Doch ist nicht zu übersehen, dass man in den Kern des Konflikts erst in Cisjordanien und der Stadt Jerusalem vorstösst. Nur da stehen wir auf religiös, geschichtlich und ökonomisch greifbar schwerer Erde. Der Sinai ist Faustpfand, Mittel zum Zweck – von Jerusalem gehen so viele Hoffnungen und Sehnsüchte aus, dass es längst Zentrum, Ziel und Selbstzweck geworden ist. 20000 Araber leben auf dem einen Quadratkilometer der ummauerten Stadt, rund 680000 sind es im Westjordanland. Drei Kräfte erheben Anspruch auf den ausgebrannten Streifen zwischen Jordan und «grüner Linie»: Israel, das haschemitische Königreich Jordanien und die Kraft, die man in der weitesten Um-

schreibung «die Palästinenser» nennen kann.

Ihr Problem, das Zentralproblem, bleibt auch nach Sadats Öffnung ungeklärt. Wie immer man Jassir Arafat, sein räuberisches Auftreten und die Terroranschläge seiner Fedajin beurteilen mag: eine Regelung, geschweige denn eine Lösung der gesamten orientalischen Frage ist ohne Heilung des palästinensischen Geschwürs undenkbar. Nur wenn er gelänge, auch das palästinensische Volk – was nicht unbedingt die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO heissen muss – in eine Regelung einzubinden, bestünde für einen dauerhaften Frieden Gewähr. Die palästinensischen Ansprüche müssten aber so erfüllt werden, dass König Hussein, einer der bedachten Herrscher, nicht vor den Kopf gestossen würde: fast ein Ding der Unmöglichkeit.

Sinnloses Blutvergiessen

Die Palästinenser könnten ihre Ziele nur erreichen, wenn sie auf dem diplomatischen Parkett salonfähig und von der Weltmeinung anerkannt würden. Dieser Anerkennung gehen sie immer wieder verlustig, weil ihr radikaler Flügel unüberlegt Blut vergiesst. Der hinterhältige Anschlag auf der Strasse von Haifa nach Tel Aviv hat die Palästinenserbewegung zurückgeworfen und letztlich nur den Kräften gedient, für die Aussöhnung Anathema ist. Die Terrorattacke war zweifellos auch gegen Sadats Initiative gerichtet und hat ihr in der Tat geschadet. Aber auch die palästinensischen Bestrebungen selbst sind im Kern getroffen – hat das Mord-Kommando doch erneut offenbart, dass mit der Befreiungsfront so kein Staat zu machen ist.

Nicht minder verfehlt war Israels überrissene Antwort. Der Vergeltungsschlag an den Litani hinauf schoss weit über das Ziel hinaus. Der Grundsatz der Verhältnismässigkeit der Mittel wurde verletzt: mehrere hundert Libanesen, die völlig unbeteiligt gewesen waren, kamen ums Leben; Dörfer, Strassen und Felder wurden zerstört. Die Freischärler aber, denen die Offensive primär galt, retteten Waffen und Gerät in den Raum Beirut, wo sie dem ohnehin darniederliegenden Gastland noch schwerer zur Last fallen. Syriens Armee stand Gewehr bei Fuss und überschritt die «rote Linie» am Litani nicht, solange die israelischen Angriffsspitzen den Fluss ihrerseits als nicht zu verletzenden Grenzlauf respektierten.

Syriens Potential

Präsident Hafes 'al-Asad bildet im nächstlichen Kräftespiel das Fragezeichen Nummer vier: Wie tief wurzelt sein Widerstand gegen Sadats Alleingang? Und wie schlagkräftig ist seine Armee seit dem Eingreifen in den Libanonkrieg? Vom Material her stehen die syrischen Streitkräfte stärker da als vor dem Jom-Kippur-Krieg. Sie erhielten aus der Sowjetunion reichlich Ersatz für das im Oktober 1973 zerstörte Gerät. Seit sich Asad der ägyptischen Friedensinitiative widersetzt, fliesst zusätzlich russisches Material über Latakia nach Damaskus. Quantitativ ist Syrien im Frühsommer 1978 so reich bestückt, dass Zweifel bestehen, ob das kleine, technisch noch unterentwickelte Land alle Waffen eingliedern kann.

Ägypten dagegen ist ungefähr auf dem Stand von Anfang Oktober 1973 stehengeblieben. Den letzten modernen

Schub erhielt Sadats Armee vor fünf Jahren. Im Februar 1973 rüstete die Sowjetunion ihren damals abfallenden Klientelstaat mit den Waffen aus, die Sadat im Oktober die Überquerung des Suezkanals erlaubten. Nach dem Krieg ersetzte Moskau dem untreu gewordenen Partner höchstens noch die Verluste der achtzehntägigen Kampfhandlungen; doch auch dies selektiv: für die beschädigten Mig-21 etwa musste die Volksrepublik China in die Lücke springen. 1974 wandte sich Kairo mit der Bitte um zeitgemässe Waffen an Frankreich und Grossbritannien, 1975 an die Vereinigten Staaten.

Aber auch der Westen verhielt sich gegenüber Sadats Rüstungswünschen anfänglich zurückhaltend. Im ganzen bekam die ägyptische Armee aus Paris und London bisher weniger Material als ursprünglich erhofft. Erst der Durchbruch, den Kairo und Riad Mitte Mai im amerikanischen Parlament erzielten, verspricht eine Wendung: Washington ist nun bereit, modernste Kampfflugzeuge nicht nur nach Israel, sondern auch nach Ägypten und Saudiarabien zu liefern. Damit ist das israelische Monopol auf Maschinen für die achtziger Jahre durchbrochen. Auch wenn mit einer dreijährigen Lieferfrist zu rechnen ist, werden im Niltal und auf der Arabischen Halbinsel 1981 weitreichende Angriffsflugzeuge stehen.

Gegenwärtig neigt sich die strategische Waage an der Sinaifront freilich noch eindeutig zugunsten Israels. Die Lage von 1978 ist nicht mehr mit der Situation von 1973 vergleichbar. Damals zog Kairo aus der Überraschung Nutzen. Die Ägypter fochten von Anfang an einen Krieg mit begrenzter Zielsetzung aus: ihr Vorstoss war nur bis zu den Übergängen von Giddi und

Mitla geplant. Ein Überraschungsschlag à la Jom Kippur liesse sich heute nicht wiederholen, und ein Krieg mit territorial begrenztem Ziel fällt aufgrund der bestehenden Linien ausser Betracht. Beim bestehenden Kräfteverhältnis gefährdete ein ägyptischer Angriff das 1973 Erreichte so sehr, dass Kairo derzeit militärisch nur über eine schmale Option verfügt.

Störfaktor Asad

Anders Damaskus: Syrien zieht intensiven Nutzen aus der gewaltigen Materialwelle, die sich seit Monaten aus der Sowjetunion und dem Ostblock in den Vorderen Orient und nach Afrika ergiesst. Die Hauptmasse floss Anfang 1978 über Persien, die Türkei und die Arabische Halbinsel nach Addis Abeba, wo die Waffen von der äthiopischen Zentralgewalt übernommen wurden. Bedeutende Mengen gingen auch an Libyen, Syrien und Irak. Asad wird um so bevorzugter bedient, je offener er zu Sadat Distanz hält. Obwohl Syriens Verhältnis zu Moskau auf dem Höhepunkt des libanesischen Bürgerkriegs getrübt war, gelingt es dem Kreml jetzt gut, Damaskus als nahöstlichen Störfaktor auszurüsten und zu erhalten.

Offen ist, ob Damaskus unter rein militärischem Aspekt den Alleingang wagen könnte. Auch nach dem Jom-Kippur-Krieg galt das Axiom, die arabischen Frontstaaten könnten gegen Israel nur einen Zwei- oder gar Drei-Fronten-Krieg führen. Die israelische Streitmacht war zu überlegen, als dass es eine arabische Armee hätte allein mit ihr aufnehmen können. Wer davon ausgeht, dass nur ein längerer Abnutzungskrieg im arabischen Interesse liegt,

kommt eher zum Schluss, dass ein Einzelangriff Gefahren in sich birgt. So modern die Syrer auch gerüstet sind: könnte Israel seine Kräfte an einer Front ballen, wäre ein erdrückender Sieg in kurzem Feldzug nicht ganz auszuschliessen. Damaskus liegt nur 60 Kilometer vom Golan entfernt.

Begrenzter Einfluss Washingtons

Und die Supermächte – sind sie nun, in der fünften Grundfrage, «in» oder «out»? Moskau hält Syrien im Griff und speit Gift und Galle gegen Sadat, den abtrünnigen Sohn; dem Kreml war eine unruhige, waffenstarrende Levante noch immer lieber als ein befriedeter Orient. Den Vereinigten Staaten steht zwischen Israel und Ägypten ein interessantes Einflussfeld offen. Wohl scheinen Sadats Zug und Beginns Hartnäckigkeit den im Orient eher unerfahrenen Präsidenten Carter diplomatisch etwas ausmanövriert zu haben; doch treten Washingtons Unterhändler immer dann hervor, wenn sich die Parteien festgerannt haben. Wirtschaftlich bleiben die Amerikaner einflussreich. Jerusalem und Kairo brauchen ihr Potential: sowohl in Israel als auch am Nil gibt es Aufgaben, die nur kooperativ anzupacken sind.

Militärisch verfolgt Washington eine ausgewogenere Politik als noch vor einem Jahr. Den Ägyptern und Saudiarabern hatte schon die Regierung Ford moderne Waffensysteme in grösserer Zahl versprochen. Unter Carter schien der Kongress die Lieferungen anfänglich blockieren zu wollen; doch gelang es dem Präsidenten, in beiden Häusern eine Mehrheit davon zu überzeugen, dass ein wirklicher Frieden nicht

ausschliesslich auf die militärische Rüstung Israels aufgebaut werden kann, sondern auch die Interessen der gemässigten Araber zu berücksichtigen sind. Gegen den mit unerhörten Drohungen geführten Werbefeldzug der Israel-Lobby brachte die Exekutive das Flugzeug-Paket durch Senat und Repräsentantenhaus.

Für Israel und seine vormals allmächtige Interessenvertretung kam Carters Erfolg einer Niederlage gleich. Es war das erste Mal, dass die Lobby ihren Willen nicht durchsetzen konnte. Entscheidenden Einfluss hatte das Argument, Sadat habe seine Politik geöffnet, ohne belohnt worden zu sein. Beginns Proteste waren denn primär auch politisch, nicht militärisch begründet. Israel hat seine Arsenale in den letzten zweieinhalb Jahren in überreichem Mass aufgestockt. Der amtliche Bericht aus Jerusalem, wonach die Streitkräfte des jüdischen Staates jetzt 35 Prozent mehr Panzer, 35 Prozent mehr Flugzeuge und 45 Prozent mehr Schiffe besitzen als 1973, ist zum Nennwert zu nehmen.

So ist Washingtons Einfluss heute begrenzt. 1975 war Israels Bedarf an Waffen und moderner Munition so dringend, dass Staatssekretär Kissinger die Begehren in territoriale Zugeständnisse ummünzen konnte: er liess dem damaligen Ministerpräsidenten Rabin keine andere Wahl als den Rückzug aus strategischen Stellungen. Heute verfügt Israel über das Material, das es damals so opferwillig wünschte. Auch hat seine eigene Rüstungsindustrie qualitativ und quantitativ Fortschritte erzielt. Der Kfir-Jäger, die Gabriel-See-See-Lenk-waffe und der revolutionäre Merkawa-Panzer verleihen der Armee einen gewissen Grad an Selbständigkeit. All das kann Begin amerikanischen Gesprächs-

partnern entgegenhalten, wenn sie ihn zu einer rationaleren, beweglicheren Politik drängen wollen.

«Bombe im Keller»

Atomar gilt in israelischen Schriften nach wie vor die Wortregelung, Israel werde nicht die erste Macht sein, die im Nahen Osten Nuklearwaffen einsetze; doch könne es sich der jüdische Staat nicht erlauben, der zweite zu sein. Damit verbunden war bisher stets der mehr oder minder drohende Fingerzeig, im Reaktorenzentrum von Dimona könnten die Ingenieure Atomwaffen bauen.

Neu erscheinen jetzt die Ausdrücke «Bombe im Keller» und die Umschreibung «Doktrin der Bombe auf Vorrat». Dies bestätigt die alte Theorie und mag als Hinweis dienen, dass Israel die Schwelle zur Atommacht praktisch überschritten hat. Die Offenheit überrascht nicht: sie könnte durchaus an die Adresse gemässigter Araber wie Sadat und Hussein gerichtet sein. Den Ägypter dürfte die Erkenntnis seiner Unterlegenheit im historischen Entscheid be- stärkt haben, eine Regelung auf friedlichem Weg anzustreben.

Peter Forster

FESTGEFAHRENE BUNDESFINANZPOLITIK

Gefährdete Mehrwertsteuer

Die vom Bundesrat vorgelegte *Bundesfinanzreform 1978*, in deren Mittelpunkt die Verankerung einer Mehrwertsteuer von 8 Prozent steht, hat bis jetzt nicht den Erfolg gefunden, den man ihr im Interesse der Sache wünschen möchte. Angestrebt wird der Ausgleich des Bundeshaushalts für 1981, ein Ziel, dessen Sinn nicht bestritten werden kann und das angesichts der heutigen Milliarden-defizite von einer Mehrheit des Schweizervolkes zweifellos als richtig anerkannt wird. Doch wo man hinsieht, ist Sand im Getriebe, und die Unsicherheit ist im Moment so weit gediehen, dass die an sich tröstliche Annahme, eine Finanzvorlage lasse sich jeweils mindestens im zweiten Anlauf verwirklichen, in Frage gestellt scheint. Erheblich beigetragen zu einer resignie-

renden Beurteilung der Situation haben Beratung und Verabschiedung der Vorlage durch den Ständerat, der in der Gesamtabstimmung lediglich 21 Stimmen der Unterstützung aufbrachte und das Geschäft somit ohne entschlossenen Führungswillen dem Nationalrat überantwortete. Wenn schon in der Kleinen Kammer die zweifelnde Frage nach der Möglichkeit und Opportunität eines finanzpolitischen Reformvorhabens im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen auftaucht, was ist dann im politisch wesentlich heterogener zusammengesetzten Nationalrat noch an Durchsetzungskraft zu erwarten? Im Moment scheinen politische und sachliche Schwierigkeiten einer Gesundung der Bundesfinanzen innert nützlicher Frist entgegenzuwirken – ein staatspolitisch höchst unerfreulicher und unerwünschter Zustand, der sicher nicht der Ab-

sicht der Stimmbürger entspricht, jedoch durch mancherlei Zwänge und Vorurteile bestimmt wird.

Konkordanzschwierigkeiten

Politische Schwierigkeiten sind insbesondere durch das demonstrative Abseitsstehen der Sozialdemokraten gegenüber der bundesrätlichen Reformvorlage entstanden. Was möglicherweise von jener Seite als taktische Haltung gedacht ist, um weitere steuerliche Entlastungen für untere Einkommenschichten und Mehrbelastungen oben durchzusetzen, wirft grundsätzliche Probleme der Konkordanzpolitik auf und zwingt die übrigen Regierungsparteien zur Überprüfung ihrer eigenen Haltung. Soll von dem im Bundesrat ausgehandelten Kompromiss erheblich abgewichen, das heisst sozialdemokratischem Druck nachgegeben und eine als im ganzen ausgewogen erachtete Vorlage im Sinne linker Forderungen denaturiert werden? Oder soll der bürgerliche Teil der Regierungskoalition hart bleiben, die sozialdemokratischen Ansprüche zurückweisen, was parlamentarisch möglich ist, und die Volksabstimmung mit einer bürgerlichen Vorstellungen besser entsprechenden Vorlage riskieren? Oder soll, was nur schwer verständlich wäre, die Übung abgebrochen und auf die Zeit nach den Wahlen vertagt werden in der Hoffnung auf dann zumal bessere Koalitionsverhältnisse? Das käme einer Desavouierung der Landesregierung gleich, die gestützt auf ein zwar improvisiertes, aber immerhin klar auf den sofortigen Erlass einer modifizierten Mehrwertsteuervorlage hindeutendes Vernehmlassungsverfahren sich für eine rasche Sanierung der

wahrhaft prekären Finanzsituation des Bundes entschieden hat. Diese politischen Fragen stehen gegenwärtig offen im Raume.

Kleinkrieg um die Wehrsteuer

Unter sachlichen Gesichtspunkten ist die Wünschbarkeit einer möglichst raschen Lösung des Bundesfinanzproblems undiskutabel. Auch bei jenen Kreisen, die vermehrte Sparanstrengungen nach wie vor für notwendig halten, bestehen keine Zweifel darüber, dass ohne die Erschliessung zusätzlicher Steuereinnahmen sich der Bundeshaushalt nicht ins Gleichgewicht bringen lässt. Unsere Konsumbelastung weist im internationalen Vergleich einen deutlichen Rückstand auf; die durch den Abbau der Zollschränken ausfallenden Zollerträge sind bei weitem nicht kompensiert worden. Es ist denn auch keineswegs die vorgeschlagene Mehrwertsteuer, welche den Konsens beeinträchtigt; vielmehr drohen dem Gesamtpaket von der direkten Bundessteuer her Gefahren. Hier, bei der Ausgestaltung der Wehrsteuer, scheiden sich die Geister an der Belastungsfrage. Die Sozialdemokraten haben sich auf die Forderung nach einer höheren Freigrenze, nach höheren Sozialabzügen und einem höheren Maximalsatz sowie auch stärkeren Unternehmensbelastungen festgelegt und zeigen sich vorderhand unnachgiebig. Andererseits herrscht in bürgerlichen Kreisen die Auffassung vor, dass weitere Verschärfungen der Wehrsteuer angesichts der bereits bestehenden hohen direkten Steuerbelastung, auch in den Kantonen und Gemeinden, nicht mehr zu verantworten sind. Gleichwohl hat der Stände-

rat den Höchstsatz der Wehrsteuer auf 13,5 Prozent erhöht und ist damit in die Nähe der vom Volk im letzten Dezember verworfenen sozialdemokratischen Reichtumssteuer-Initiative gerückt. Es ist offensichtlich, dass in Verbindung mit der weitgehenden Beseitigung der kalten Progression und einigen anderen Konzessionen auch in dieser Steuerrunde wieder erhebliche Belastungsumschichtungen erfolgen, womit einmal mehr dem bestehenden Junktim zwischen direkter und indirekter Steuer ein höchst fragwürdiger Tribut gezollt wird.

Das Ganze sehen

Ist es im Lichte einer übergeordneten finanzpolitischen Zielsetzung nun aber opportun, die Ausgestaltung der Wehrsteuer zum Hauptkriterium der heutigen Reformvorlage zu machen und diese möglicherweise daran scheitern zu lassen, womit auch die Mehrwertsteuer hinfällig würde? Diese Frage muss man sich nicht nur bürgerlicherseits und von der Wirtschaft aus stellen, sondern sie betrifft vor allem die sich so hartnäckig zeigende Linke. Das Fehlen der eingeplanten rund 1,3 Mrd. Franken jährlich hinterliesse im Bundeshaushalt eine empfindliche Lücke mit mancherlei ungewissen Folgewirkungen. Nachhaltigen Auftrieb erhielte der Sparzwang, was zum Teil zwar positiv zu werten wäre, indessen politische Unruhe und Unsicherheit gerade auch im Wahljahr steigern würde. Der von der Linken bisher zu Unrecht behauptete Abbau des Sozialstaates könnte unumgänglich werden. Ein längeres Andauern der Defizitperiode hätte ein Ansteigen der Staatsschuld und damit des Zinsendienstes zur Folge, der mit 836

Mio. Franken die eidgenössische Staatsrechnung schon im laufenden Jahr stark belastet. Inflationäre Auswirkungen der Schuldenwirtschaft wären unvermeidlich.

Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Mehrwertsteuer

Mit dem nochmaligen Scheitern der Mehrwertsteuer würde aber vor allem der für unser Land wichtige Wechsel zu einem zeitgemässen Steuersystem wohl für längere Zeit aus Abschied und Traktanden fallen. Der Übergang von der bisherigen Warenumsatzsteuer zur Mehrwertsteuer ist nicht nur eine quantitative Angelegenheit im Sinne der Erschliessung von Mehreinnahmen. Sehr entscheidend fällt der Gesichtspunkt der Steuerstruktur ins Gewicht, nämlich die Notwendigkeit, ein dem schweizerischen Industriestaat angemessenes Steuersystem zu verwirklichen. Die Stichworte Wettbewerbsneutralität, Investitions- und Exportfreundlichkeit, mit welchen die bundesrätliche Botschaft die Mehrwertsteuer charakterisiert, weisen auf wichtige gesamtwirtschaftliche Ziele hin, die nicht ein zweites Mal aufs Spiel gesetzt werden sollten. Unser Land kann sich ein die Schweizer Produkte auf den internationalen Märkten benachteiligendes Steuersystem auf die Dauer ganz einfach nicht leisten. Auch die steuerliche Erleichterung von Investitionen entspricht einem dringenden gesamtwirtschaftlichen Bedürfnis.

Notwendige Führungsanstrengung

Es ist ausserordentlich bedauerlich, dass diese Gesichtspunkte bei der heutigen

Diskussion um das neue Finanzpaket fast gänzlich vernachlässigt werden. Die daraus sich ergebende entstellte Optik und falsche Gewichtung der Vorlage zeugen für die Festgefahrenheit der schweizerischen Finanzpolitik, die sich am sachlich längst überholten Junktim zwischen direkter und indirekter Besteuerung orientiert und jeden Sinn für

zukunftsbestimmende Lösungen vermissen lässt. Eine Führungsanstrengung zur Verwirklichung der Mehrwertsteuer sollte von allen sich für gesunde Finanzen und eine gesunde Wirtschaft verantwortlich fühlenden Kreisen in die Wege geleitet werden.

Eugen Hugentobler

IM DSCHUNDEL DES SCHWEIZERISCHEN SUBVENTIONSWESENS

Der eidgenössische Haushalt ist je länger je mehr durch einen ausgesprochenen Transfercharakter gekennzeichnet. Wirkte der Bund 1960 noch bei 43 Prozent seiner Ausgaben lediglich als Relaisstation, so gingen im vergangenen Jahr bereits 10,1 Mrd. Fr. oder über 65 Prozent sämtlicher Aufwendungen an die Kantone, an Betriebe und Anstalten des Bundes (SBB, Sozialversicherungen) sowie an andere Dritte (Zahlungen an private Haushalte und Produzenten). Damit stand dem Bund nur noch ein Drittel für seinen engeren Eigenbedarf (Besoldungen, Konsum von Gütern und Diensten inkl. Landesverteidigung, Investitionen, Zinsen) zur Verfügung. Innerhalb der Transferausgaben wiederum nahmen die Subventionen (Bundesbeiträge) einen überragenden Platz ein und belasteten den Gesamthaushalt 1977 mit knapp 35 Prozent (5,4 Mrd. Fr.). Das heisst nichts anderes, als dass von drei verausgabten Franken einer à fonds perdu ohne unmittelbare Gegenleistung irgendeinem Subventionsempfänger zugute kam. Der Anteil wäre noch höher,

wollte man die in der Staatsrechnung vorgenommene begriffliche Abgrenzung dieser Ausgabengruppe kritisch überprüfen. So ist nicht einzusehen, was die Aufwendungen für die AHV wesensmässig von den Leistungen an die Kranken- und Unfallversicherung unterscheidet; in der Staatsrechnung werden nur letztere unter den Subventionen aufgeführt. Auf die Erörterung definitorischer Probleme soll indessen verzichtet werden; damit würde lediglich von den wesentlicheren Problemen abgelenkt.

Die Gründe für die stark zunehmende Bedeutung der Bundesbeiträge sind bekannt und schon oft beschrieben worden. Neben der Nachkriegstendenz zum Wohlfahrtsstaat, bei der zuallererst der Bund zum finanziellen Handkuss kam, muss auf die subventionsfreundliche Grundhaltung der Verwaltung, aber eben auch des Parlaments hingewiesen werden. Die Beanspruchung eines Bundesbeitrages erwies sich für die interessierten Kreise als Weg des geringsten Widerstandes, um zum Ziel zu gelangen. Trotz der grassierenden «Subventionitis» weiss man jedoch

wenig über deren gesamtwirtschaftliche Auswirkungen; jedenfalls sind aus politischen Gründen bisher kaum entsprechende Abklärungen vorgenommen worden. Sogar das durch die Bundesbeiträge angestrebte Zielsystem ist von der Regierung noch nie in seinem vollen Umfang dargelegt worden. Wohl vernahm man etwa vom «bedürfnisgerechten Wachstum» oder von der «Erhaltung der föderativen Struktur der Eidgenossenschaft». Diese Vorgaben sind aber zu vage und zu wenig operational, um die Grundlage für eine durchdachte Subventionspolitik darzustellen, welche tatsächlich viel eher auf einer Art Erb- und Gewohnheitsrecht beruht. Sachlich gegebene Massnahmen sind eben eines, auf politische Konstellationen Rücksicht nehmende Entschiede nicht notwendigerweise, aber vielfach etwas anderes. Diese in der Tat nicht mehr sehr originelle Erkenntnis darf aber nicht zur totalen Resignation und damit zur Verewigung der seit Jahren geübten Praxis führen. Schlechte Gewohnheiten legt man nämlich um so weniger ab, je länger man sie schon hat. Will der Bund deshalb seinen Haushalt in Zukunft nicht mehr nur wie bisher rein buchhalterisch verwalten, sondern mit dem Blick auf klar definierte Ziele auch gestalten, kann das Subventionswesen nicht länger von einer Durchleuchtung ausgenommen werden, und zwar in verschiedener Hinsicht.

Die verteilungspolitischen Effekte

Ganz gleich, unter welchem Titel der Staat Subventionen ausrichtet, dahinter stecken immer in irgendeiner Form verteilungspolitische Vorstellungen. So lau-

fen zwar Beiträge an die Landwirtschaft unter den Rubriken Wirtschafts- und Regionalpolitik, solche an die Kranken- und Unfallversicherung unter der Bezeichnung Sozialpolitik, und die Aufwendungen für die Bahnen figurieren in der Sparte Verkehrspolitik. Allen Subventionen sind aber verteilungspolitische Effekte gemein, und zwar einfach deshalb, weil sie das marktwirtschaftliche Prinzip von Leistung und Gegenleistung verlassen und die Einkommen zugunsten bestimmter Gruppen – und damit gleichzeitig zu Lasten der nicht Begünstigten – zu verändern trachten. Nun kann die Wirtschaftswissenschaft die Berechtigung der Einkommensumverteilungspolitik weder nachweisen noch in Abrede stellen. Ob die durch die Marktwirtschaft und die sie charakterisierende freie Preisbildung geschaffene Verteilung «gerecht» oder nachträglich vom Staat zugunsten der unteren Einkommensklassen zu korrigieren ist, entzieht sich deren Zuständigkeit und bleibt Sache der herrschenden gesellschaftlichen Normen.

Hingegen ist die Wissenschaft in der Lage, über die Vereinbarkeit von Ziel und Instrument Aussagen zu machen. Während bisher bei Redistributionsabsichten die Einnahmenseite der staatlichen Haushalte – sprich Steuern – im Vordergrund stand, ist man sich neuerdings vermehrt der Verteilungswirkungen öffentlicher Ausgaben bewusst geworden. Dies ist zu begrüßen, da namentlich in der Schweiz – etwa im Rahmen des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen – unter dem herrschenden Regime von den Ausgaben wesentlich stärkere regionalredistributive Effekte ausgehen als von der Steuerseite. Die Verteilungsproble-

matik müsste deshalb in bezug auf sämtliche Staatsausgaben beachtet werden. Dabei taucht an erster Stelle die Frage auf, in welcher Weise bestimmte öffentliche Leistungen bestimmten Einkommensschichten zuzuordnen sind. Gerade im Fall der Subventionen fällt die Antwort ausserordentlich schwer, da die entsprechenden Mittel in vielen Fällen gar nicht einen eng abgegrenzten Empfängerkreis betreffen, sondern – beispielsweise im Rahmen der Kopfbeiträge des Bundes an die Krankenversicherung – sich auf weiteste Bevölkerungskreise erstrecken. Subventionen sind deshalb aus verteilungspolitischer Sicht äusserst problematisch. Eine bewusste Redistributionspolitik sollte sich wenn schon auf diejenigen Steuer- und Ausgabenarten beschränken, bei denen der Nutzniesser einigermaßen bestimmt werden kann. Zahlreiche Subventionen – etwa im Agrarbereich, im Gesundheitswesen oder im Verkehrssektor – sind de facto dem «Giesskannenprinzip» verpflichtet, das heisst sie werden undifferenziert an alle ausgeschüttet. Ein sehr schönes, beziehungsweise unschönes Beispiel dafür sind die Brotsubventionen, über die der Stimmbürger unlängst abzustimmen hatte. Aufgrund eines komplizierten Mechanismus verbilligt der Bund das Brotgetreide, was ihm Jahr für Jahr immerhin Kosten von über 100 Millionen Franken verursacht. Diese Vergünstigungen, die sogar die Patisseries betreffen, erreichen nun aber sämtliche Konsumenten, unabhängig von ihren Einkommen.

Verbreitete «Subventionsillusion»

Kommt ein weiteres Problem hinzu, das man mit «Subventionsillusion» um-

schreiben könnte. Aus der Wirtschaftstheorie ist der Begriff der «Geldillusion» bekannt: das Wirtschaftssubjekt unterliegt ihr, wenn es sein Arbeitsangebot am Nominallohn orientiert, ohne das Preisniveau ins Kalkül einzubeziehen. Das gleiche Phänomen liegt vor, falls der Verbraucher seinen Konsum auf das Nominal- statt das Realeinkommen abstellt. Eine ähnliche Erscheinung finden wir bei den Subventionen, wo man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, der Konsument sei sich über seinen Status nicht restlos im klaren. Es ist immer wieder interessant zu sehen, wie das Zustandekommen staatlicher Leistungen in völlig irrationaler Weise auf eine Art unbefleckte Empfängnis zurückgeführt wird. Dies beweist lediglich einmal mehr, wie wenig nach wie vor das geflügelte, aber gerade vom finanziellen Aspekt her richtige Wort vom Staat, den wir alle sind, ins Bewusstsein gedrungen ist. Der Bürger kann und will offenbar nicht zur Kenntnis nehmen, dass jede öffentliche Ausgabe zuerst erarbeitet und dem Staat als Steuer entrichtet werden muss. Dass die riesige «Umwälzpumpe Bund» in dieser Funktion Reibungsverluste aufweist, sei hier nur am Rande erwähnt; die Effizienz der Hereinnahme und Verausgabung öffentlicher Gelder ist ein Thema für sich.

Im Steuersystem des Bundes dominieren die indirekten Steuern (Verbrauchsabgaben wie etwa die Warenumsatzsteuer) über die Einkommenssteuer (Wehrsteuer), was wegen deren durchaus beabsichtigten Überwälzung auf die Preise zu einer gewissen regressiven Wirkung führt, das heisst die unteren Einkommensschichten werden prozentual stärker belastet. Im Rahmen der direkten Unternehmungssteuer

spielt dieser Prozess insofern, als es der Markt erlaubt. Schliesslich bieten die Einkommenssteuern natürlicher Personen den Selbständigerwerbenden potentiell grössere Überwälzungsmöglichkeiten als den Arbeitnehmern. Wenn nun die Bundesbeiträge auch bis zu einem gewissen Grad einkommensnivellierende Effekte aufweisen sollten, werden diese auf der Finanzierungsseite gemindert oder gar kompensiert – ein weiteres Argument gegen die Verwendung von Subventionen für einkommenspolitische Zwecke.

Geringe Chancen für Neubesinnung

Wie stehen die Chancen für eine subventionspolitische Neuorientierung, die sachlichen statt politischen Kriterien Priorität einräumt? Angesichts der bisherigen Erfahrungen ist grösste Skepsis am Platz. Der seinerzeitige «Stocker-Bericht» von 1966 legte einen Überblick über das Gros der Bundesbeiträge vor. Seine konkreten Vorschläge sind aber im politischen Kräftefeld verpufft, und auch seither hat sich weder die Regierung noch das Parlament zu entscheidenden Schritten aufgerafft. Da wir uns zudem bereits auf dem aufsteigenden Ast des Wahlzyklus befinden, können entsprechende Schritte für die absehbare Zukunft nicht erwartet werden. Die Kleine Kammer des Parlaments überwies im vergangenen Sommer eine Motion des Urner Ständerats Muheim, in der die Landesregierung aufgefordert wurde, ein Rahmengesetz mit allgemeinen Grundsätzen für die Entrichtung von Subventionen zu erarbeiten. Insbesondere ging es dem Motionär um den wirksameren Einsatz von Bundesbeiträgen sowie um kosten-

sparende Verfahrensvereinfachungen. Konkret soll bei bestimmten Projekten nicht mehr ein fixer Prozentsatz der Kosten, sondern ein Pauschalbeitrag vergütet werden. Der Vorschlag möchte also keinesfalls «tabula rasa» bei den Subventionen machen, sondern lediglich einmal das Kostenbewusstsein schärfen. Doch auch diesen Vorstoss hat man auf die lange Bank geschoben. Zwar beschäftigt sich aufgrund der Motion eine Arbeitsgruppe des Finanzdepartementes mit der Durchleuchtung des gesamten Transferbereiches des Bundeshaushaltes, doch kann von daher in absehbarer Zeit nicht mit konkreten Massnahmen gerechnet werden.

Dies ist um so unverständlicher, als es ja nicht darum geht, Bundesbeiträge schlechthin abzuschaffen, und zwar nicht nur aus politischen, sondern durchaus sachlichen Gründen. Eine sinnvolle selektive Subventionspolitik, die auf klaren Zielen beruht und ihren Erfolg einzig an der erreichten Wirkung misst, findet durchaus auch in einer Wirtschaft Platz, die zuvorderst durch den Markt geregelt wird. Differenzierte Bundesbeiträge sind dort am Platz, wo Private anstelle des Staates Leistungen im öffentlichen Interesse schaffen. Hingegen vermisst man bei den zahlreichen heute geltenden Regelungen die Transparenz, welche erst eine sachliche Beurteilung zulässt. Wer am bestehenden System Kritik übt und dazu noch detaillierte Massnahmen zur Diskussion stellt, gerät unvermittelt zwischen zwei Fronten, wie es jüngst dem Freiburger Finanzwissenschaftler Prof. Wittmann mit seinen zum Teil radikalen Abbauvorschlägen erging. Während sich die ins Visier genommenen direkten Subventionsempfänger beileben, die staatliche Unterstützung

als im nationalen Interesse liegend zu verteidigen, verwendet das linke politische Spektrum allsogleich die unterdessen stehende Formel von der «sozialen Demontage».

Was bleibt angesichts dieser politischen Konstellation zu tun? Solange sich die zuständigen Organe schon gegen eine Zweck-Mittel-Analyse wehren, besteht lediglich die allerdings undifferenzierte Möglichkeit einer strikten globalen Plafonierung oder zumindest eines konstanten Anteils der Bundesbeiträge an den Gesamtausgaben. Gleichzeitig wäre zu fordern, dass dem Stimmbürger von der Verwaltung periodisch, mindestens aber jährlich, in populärer und verständlicher Form Rechenschaft über unser kompliziertes Subventionssystem und dessen Auswirkungen abgelegt wird. Den meisten Menschen in diesem Land dürfte nämlich einigermassen schleierhaft sein, unter welchen Titeln die 5380 Millionen Franken Bundes-

beiträge des vergangenen Jahres verausgabt wurden. Die erhöhte Transparenz auf diesem Sektor brächte dem Steuerzahler auch zum Bewusstsein, dass das Problem eine Finanzierungsseite beinhaltet. Schliesslich würde dadurch vielleicht die Diskussion über die Frage ausgelöst, ob in gewissen Fällen zugunsten tieferer Steuern statt subventionierter Preise zu entscheiden wäre. Die Brechung der Subventionsmentalität «von unten» mag manchem als Wunschbild erscheinen. Angesichts des mangelnden Willens auf der politischen Ebene erscheint dieses Vorgehen jedoch als der gegenwärtig einzig mögliche Ansatzpunkt zu einem notwendigen Umdenkungsprozess, der langfristig zu Lösungen führen könnte, bevor der Zwang zur Finanzierung des Bundesdefizits eine vollends konzeptionslose Radikalkur bei den Subventionen unumgänglich macht.

Peter Eberhard

COMMONWEALTH-LITERATUR

Eine Konferenz auf der Insel Malta

Das Studium der Commonwealth-Literatur ist als neuster Zweig dem alten Stamm dessen entsprosst, was als englische Literatur bezeichnet wird. Unter der Bezeichnung Commonwealth-Literatur finden sich zusammen die Literaturen aus Afrika, einschliesslich Südafrika, obwohl dieses nicht mehr dem Commonwealth zugehört, aus Westindien, Indien, Südostasien, Kanada, Australien, Neuseeland. Ihren Ursprung nahm die Vereinigung für Commonwealth-Literatur an der Uni-

versität von Leeds, England, die auf dem Gebiet aussereuropäischer Literatur schon immer führend gewesen ist. Im Zeichen der unabhängig werdenden Länder der Dritten Welt breitete die Vereinigung sich bald über fast sämtliche Universitäten der Welt aus. Auf Tagungen in Brisbane, Australien (1965), Kingston, Jamaica (1968), New Delhi (1971), Stirling, Schottland (1975), folgte die diesjährige auf Malta, und der Tagungsort für 1980 werden die Fidschi-Inseln sein. Die enge Bindung

der Commonwealth-Literatur ans Englische wurde zuerst durch afrikanische Schriftsteller in Frage gestellt. «Was verstehen Sie unter Englisch?» so fragte der nigerianische Schriftsteller *Chinua Achebe* anlässlich einer früheren Konferenz und bekannte, dass er wohl ein korrektes Englisch zu schreiben suche bezüglich der Grammatik, doch dass er sich die Freiheit herausnehme, die englische Sprache so zu handhaben, dass sie seiner nigerianischen Sensibilität adäquat sei. Wenn immer diese Emanzipierung vom Oxfordenglisch zur Debatte stand, wurden als Beispiele sofort das Amerikanische oder für den französischen Bereich das Kreolische erwähnt. Zugleich kommen diese Literaturen aus einem an eigenständige Traditionen gebundenen Kontext. Diese Erscheinung ruft neue Kriterien der Beurteilung auf den Plan. Eine Forderung an die europäischen Kritiker liess wiederum *Chinua Achebe* ergehen, nämlich «eine demütigere Haltung des europäischen Kritikers angesichts deren begrenzter Erfahrung der afrikanischen Welt und das Unterlassen seiner Arroganz, die er von einem trügerischen historischen Erbe übernommen hat». Was hier für die afrikanische Literatur postuliert wird, gilt für die gesamte Literatur des Commonwealth.

Welche Autoren und Werke standen an der Konferenz im Vordergrund, oder angesichts der Fülle des Materials muss man einschränkend fragen: welches sind die Strömungen, die sich innerhalb dieses weltweiten literarischen Feldes vollziehen?

Allgemein könnte man sagen, dass die Faszination der Inhalte oft die formalen, stilistischen Qualitäten überstieg. Gerade für die eruptive Literatur der Dritten Welt fehlen literarische, for-

male Kriterien, was jedoch kein Werturteil bedeutet, vor allem nicht angesichts der Tatsache, dass innerhalb der europäischen Literatur diese oft willkürlich gesetzten Kriterien die Lebendigkeit der Substanz unter sich begräbt.

Wenn man sich den Literaturen der Dritten Welt im Sinne von Achebes Forderung nach Demut nähern will, könnte das einmal geschehen, indem man sie auf ihrem eigenen, geschichtlichen, sozialen und religiösen Hintergrund sieht. Dabei wirkt die Literatur aus Afrika und Westindien am ursprünglichsten und ganzheitlichsten, da sie aus enger Verflochtenheit in eine Tradition und Religion entsteht, deren Bilder, Symbole, Mythen derart mit magischer und mythischer Kraft geladen sind, dass sich die Sprache gleichsam selber schafft. Für diese enge Verflochtenheit mit der afrikanischen Tradition sind die Werke von *Chinua Achebe* kennzeichnend, eines Ibo aus Ostnigeria, der seine eigene Kultur meisterhaft in seine Romane einbezieht, doch zugleich deren Zerfall in einer sich zivilisierenden Welt, innerhalb derer *Things fall apart*. Bildlich sichtbar wurde die traditionelle Welt Afrikas im von Farbdias begleiteten Referat von *Renato Berger*, *Der soziale Kontext in Soyinkas 'Idanre'*, ein Poem, welches auf drei Ebenen spielt: *Idanre*, ein poetisches, verlassenes Dorf in Westnigeria, der Yorubagott *Ogun*, der für Krieg und Eisen steht, und im Hintergrund der Biafrakonflikt, welchen Soyinka als hoch sensibler Künstler in diesem Werk vorausgeahnt hat. Auf der akustischen Ebene hinterliess die Lesung des Schriftstellers aus Barbados, *Edward Brathwaite*, den stärksten Eindruck. Er las Gedichte, die er

nach einem längeren Aufenthalt in Ghana geschrieben hat und bezieht sie in die Akansprache ein, wie im Gedicht «Atumpan», der Name für die Akantrummel, oder «Twist», das er so liest, dass man ohne weiteres danach tanzen kann.

Ganz anders der karibische Schriftsteller indischen Ursprungs, *V. S. Naipaul*. In seinem Roman «The Mimic Men» versucht er von der kolonialen Vergangenheit loszukommen, doch nicht, indem er sich in die Tradition des eigenen Landes vertieft, hier Trinidad, welches durch die Sklavenverschleppungen einen reichen afrikanischen Hintergrund besitzt, sondern indem er das Land verlässt. Als der Held des Romans in England zum erstenmal Schnee erblickt, ist er überwältigt von der kristallinen Schönheit des Spiels von Eisflocken im nächtlichen Licht. Zugleich ist er abgestossen von den beschmutzten, verlassenen Räumen einer Grossstadt-Passage, ein Anblick, welcher ihm auf Anhieb den Eindruck der absoluten Verlorenheit der Stadt und deren Bewohner verschafft. Das Erlebnis mit einer Grossstadtdirne führt ihn zur Erkenntnis, dass der Mensch seinen primitivsten Fleischeslüsten überliefert ist wie einer Welt der sozialen Unordnung und der Korruption. Auch den Kolonialismus sieht er nicht anders denn als Ausgeburt dieser sinnlich-gierigen Lust. Am Schluss gelangt er zur Erkenntnis, «dass der Künstler sich um fundamentale Ehrlichkeit bemühen muss und dass er Enttäuschung und koloniales Selbstmitleid nur überwinden kann durch eine universelle Menschlichkeit und den Willen, damit zu wachsen trotz der Leere einer korrupten Welt». Diesem Werk Naipauls wurde ein Roman *Wole Soyinkas* gegenüber-

gestellt, welcher einen ganz andern Aspekt des Schaffens dieses bedeutenden nigerianischen Autors zeigt. «The Interpreters» zeigen die koloniale Welt nicht als zu flüchtende Ausgeburt, wie dies im Roman von Naipaul geschieht, sondern diese koloniale Welt, die zur Zeit des Entstehens des Romans, 1965, durch die Unabhängigkeit Nigerias bereits stark in den Hintergrund gedrängt ist, hatte bereits die afrikanische Elite fasziniert, in Form einer kolonialen Mentalität von «big business, law, and the doctors were the most confident of all, for at the time this was the prime profession, the sign of maximum intellect, the conquest of the best and innermost mystique of the white man's talents». Was Wole Soyinka am kolonialen System als für den Künstler verhängnisvoll herauschält, ist die Begrenzung auf die enge Sparte dessen, was innerhalb der afrikanischen Tradition noch Einheit gewesen ist und was dem Künstler eine Einheit der Wahrnehmung, Sensibilität und Kreativität verliehen hat. Der Roman «The Interpreters» zeigt durch die Verschiedenartigkeit und Zwiespältigkeit der Figuren, wie die vormals geschlossene traditionelle Gesellschaft sich aufspaltet und zerschlägt und anstelle ihrer die Nachäffung der «mœurs et coutumes» der ehemaligen Kolonialherren tritt. Durch seine weiteren Werke, vor allem die dramatischen, wie «A Dance of the Forest», «Kongi's Harvest», «The King's Horsemen» und sein neuestes, jüngst in Ile-Ife, Westnigeria aufgeführtes Stück, eine Adaptation von Brechts Dreigroschenoper, «The Beggar's Opera», innerhalb derer er die nigerianischen Schwächen erneut geistelt, schreitet Soyinka sämtliche Konflikte, Nöte und Problematiken des

nach-kolonialen Schriftstellers ab und findet, nach Jahren des Exils in Ghana und in England – er wurde während des Biafrakonfliktes inhaftiert –, einen neuen Grund innerhalb der Yorubatraktion und Yorubasprache, welcher er sich trotz seiner westlichen Bildung und seiner Meisterschaft der englischen Sprache zugehörig fühlt.

Die härteste afrikanische Wirklichkeit kam aus Südafrika und Kenya. Sie wurde dem Auditorium nicht allein durch die Werke von *Alex la Guma* und des in Kenya inhaftierten *Ngugi wa Thiong'o*s deutlich, sondern vor allem durch die Anwesenheit des Schriftstellers *Cecil Abrahams*, Bruder des berühmten südafrikanischen Schriftstellers *Peter Abrahams*, des Verfassers des bekannten Romans *«A Wreath for Udomo»* und einer der bekanntesten Autoren der älteren Generation. Cecil Abrahams schilderte in seinem Referat die Situation des südafrikanischen Schriftstellers, was heisst: Schriftsteller im Exil. Abrahams lebt heute in Kanada, seine Familienmitglieder sind in Südafrika zurückgeblieben oder auf der ganzen Welt zerstreut. Wie die meisten südafrikanischen Schriftsteller, nimmt er aktiv am südafrikanischen Unabhängigkeitskampf teil. Aus dem Heimweh nach seinem Heimatland sind Gedichte entstanden, *«Poems from my homeland»*, ähnlichen Charakters wie die Gedichte des am Befreiungskampf Südafrikas ebenfalls intensiv mitwirkenden *Dennis Brutus*, welcher trotz seines harten Schicksals die schönsten Liebesgedichte schreibt. Die Unterzeichnung einer Petition für den in Kenya inhaftierten Ngugi wa Thiong'o, vormals James Ngugi, stellte nicht allein ein Tribut an den tapferen Kampf dieser afrikanischen Intellek-

tuellen dar, sondern schwächte das Gefühl der Relativität des rhetorischen Einsatzes von seiten der Kollegen etwas ab.

Die indische Literatur erhielt gleich zu Anfang einen heftigen Lanzenstoss in Form einer angriffligen Kritik: *«Neunundneunzig Prozent der indischen Literatur ist der Lektüre nicht wert»*, so äusserte die Dozentin für indische Literatur *Dr. Eunice de Souza* aus Bombay in einem äusserst engagierten Plädoyer für eine souveräne Bewertung der indischen Literatur auf internationaler Ebene, anstelle der herablassenden Toleranz, wie sie europäischen Kritikern oft eigen ist. In der Diskussion um das Werk des indischen Schriftstellers *Nirad Chaudhuri* warf Dr. de Souza dem Autoren vor, er bestärke das Image, welches man sich im Ausland von Indien so gerne mache: dass die Inder auf Nägeln schliefen und ähnliches. Diese Kritik bezog sich nicht, wie dies auf die afrikanische und afroorientierte Literatur zutreffen würde, auf eine neue Traditionsbezogenheit, die von den Gegnern der Tradition als *«going bush»* verächtlich gemacht wird, sondern im Gegenteil auf die Verachtung Chaudhuris der hinduistischen Tradition und seine konsequente Zuwendung zum Westen.

Nirad Chaudhuri, Jahrgang 1897, ist eine interessante literarische Figur. Er war in Grossbritannien längst berühmt und galt als bedeutender Schriftsteller und Gelehrter, während er in Bengalen, heute Bangladesch, lediglich als Polemiker bekannt war. Dasselbe traf auf sein Hauptwerk *«The Autobiography of an Unknow Indian»* zu. Diese wurde von V. S. Naipaul als das bedeutendste Werk bezeichnet, welches aus der indisch-englischen Be-

gegnung hervorgegangen ist. In Indien hingegen hat man sehr sauer darauf reagiert. Diese Autobiographie stellt die Selbstanalyse Chaudhuris dar, entspringt also einer individuellen Betrachtungsweise, die gegen die geheiligten Grundsätze der in den überpersönlichen Werten des Hinduismus wurzelnden indischen Mentalität verstösst. Des weiteren – man denkt unwillkürlich an Thomas Manns ›Buddenbrooks‹ – fühlten sich die Bengali von Chaudhuris bissiger Kritik gezüchtigt. Solange diese sich innerhalb der vier Wände Bengalens hielt, hatte sie nicht allzusehr gestört; doch vor der ganzen Welt blossgestellt zu werden – denn mit diesem Werk ist Chaudhuri weltberühmt geworden – war für sie zuviel. Völlig im Gegensatz zu den afrikanischen Autoren, welchen ihre Tradition und Kultur Impuls und Anregung bedeutet, ist Chaudhuri zutiefst überzeugt, dass die indische Geschichte eine Geschichte des Zerfalls gewesen sei und die alte Hindu-Ethik ein einziges Fossil. Und nicht allein das, so meint Chaudhuri weiter, in ihrer Arroganz und ihrem Dünkel würden die Inder nicht merken, dass sie jenseits der Anforderungen des 20. Jahrhunderts lebten, ohne jeden Bezug zur Realität. Ein Inder daher, so hält Chaudhuri dafür, welcher seinen Lebensinstinkt äussern und sich realisieren will, könne nicht anders – und hier trifft er sich mit V. S. Naipaul, welcher in Trinidad ebenfalls keine Entwicklungsmöglichkeiten sah – als sich im Ausland umzusehen, «denn nur durch einen erneuerten Anschluss an andere Länder, die sich im Strom der menschlichen Evolution befinden, finden wir zu einem neuen Leben durch».

Auf diesem Hintergrund ist die Si-

tuation der australischen Literatur interessant; sie geht aus einem fast leeren Kontinent hervor. Die australische Ostküste wurde 1802 durch Captain Cook entdeckt, das Land wurde durch die Engländer zuerst zur Entleerung ihrer überfüllten Gefängnisse in Südengland und Irland benutzt. Die im Zeichen des Goldrausches zuströmenden Europäer waren nicht viel vornehmer als die Sträflinge, und erst nach Ankunft der freien Siedler, die sich in Australien eine Existenz aufbauen wollten, wurde Australien politisch strukturiert. Die australische Literatur ist daher vor allem Emigranteliteratur, das heisst Milieuschilderung und Verarbeitung geistiger und seelischer Strapazen im Kontakt mit einer barbarischen und feindseligen Welt. Diese Literatur fand ihre Vertreter in Schriftstellern, wie *Judah Waten*, *Richard Beynon* und *Mary Rose Liverani*, die ihre Begegnung mit dem neuen Heimatland bald drastisch, bald rührend, voller Humor und dann wieder mit Auflehnung schildern. «Du und deine Kameraden beten Cricketschläger und Fussbälle an wie die Heiden ihre Steinidole, während in unserm Land die Jungen deines Alters für die Befreiung der Unterdrückten kämpfen!» so wirft die Mutter eines Einwandererjungen dessen australischem Kameraden an den Kopf. Sehr bald schon hoben sich von dieser Schilderungsliteratur differenziertere Einzelpersönlichkeiten ab, die weder an der alten noch an der neuen Welt Genüge fanden und ihre eigenen, individuellen Wege suchten. Gleich Naipaul und Chaudhuri, orientierte sich *Patrick White* am Westen, wo er erzogen worden war, und nach seiner Rückkehr nach Australien, 1948, veröffentlichte er ein Werk, welches für diesen Prozess symptomatisch ist.

«Voss» ist der Roman einer Selbstwerdung in Form einer Allegorie, in welchem irrationale und okkulte Elemente verwendet werden, auf der Basis des kollektiven Unbewussten im Individuum. Die Ausdeutung der mannigfaltigen Geschehnisse auf physischer, psychischer und geistiger Ebene durch Bilder, Symbole, Strukturen aus Kosmos und archetypischer Welt, stellt nichts anderes dar als die Suche des Individuums nach göttlicher Weisheit, nach dem also, was die afrikanischen und indischen Schriftsteller in ihrer Tradition und Religion sehen. Von dieser Warte her ist White von der Eingeborenenkultur, der sogenannten Aborigines fasziniert, jedoch sucht er nicht mit ihr in lebendigen Kontakt zu treten, er kennt sie nur aus Büchern: sie wird ihm zur Vision. Die Aborigines beneidet er um ihren Kontakt mit der Welt des Übersinnlichen: «Die Männer hatten ihre Körper mit den warmen Farben der Erde bemalt, sie kannten die Totems und trugen über das kalte, neblige Land der Sterne den Sieg davon. Ihre Geister, welche die beängstigende Dunkelheit zurückgebannt hatten, tanzten im mondscheinernen Licht.» Auf diese Weise, gleichsam in mystischer Versenkung, hob White seine Werke über die erdbezogene Betrachtungsweise seiner Vorgänger hinaus und gab Australien, ganz indem er die Wirklichkeit ebenfalls kannte, eine mythische Bezogenheit. Die Welt der Eingeborenen besitzt bei White denselben Stellenwert, wie es für viele Europäer zutrifft: das verlorene Paradies, das Land der Erlösung, ein Romantizismus also, der in Europa nicht durch die Wirklichkeit korrigiert werden kann. In Australien, mit seiner trotz starker europäischer Einwanderung und Besitznah-

me des Landes zahlreichen Eingeborenenbevölkerung, werden Korrekturen – in Neu-Guinea, Niugini zeichnet sich das deutlich ab – auf dieser Ebene möglich sein.

Ähnlich gelagert ist die Literatur aus Neuseeland, dem Herkunftsland der Dichterin Katherine Mansfield. Wie Australien, ist auch dieses Land durch die Einwanderung aus Europa bestimmt. Die europäischen Einwanderer trafen nicht nur auf äusserst harte Lebensbedingungen, sondern auf eine Maori-Bevölkerung, die bereits im 13./14. Jahrhundert von den Samoa- und Cookinseln nach Neuseeland eingewandert war. Die erste neuseeländische Schriftstellerin, die sich von der Welt der Maoris beeinflussen liess, war *Janet Frame*, vor allem in ihrem Roman «Myths and Esoterics», welcher um das Phänomen der Initiation kreist. Im Gegensatz zu Naipaul und Chaudhuri – und für Afrika könnte man Soyinka nennen – flieht Janet Frame die westliche Welt des klaren Bewusstseins und der Rationalität und vollzieht denselben Weg, wie White ihn künstlerisch beschritten hat. In der Maori-Mythologie sucht sie jedoch weder Folklore, noch magische Mimikri, sondern «eine Vision des Unbekannten, welches zu Wissen führt». Die Suche endet tragisch, vielleicht weil diese Welt für sie keinen realen Hintergrund besitzt, anders wiederum, als dies für Inder und Afrikaner der Fall ist, hinter deren Welt eine Jahrtausende alte Kultur steht, die noch heute von Millionen von Menschen getragen wird. Der neuseeländische Autor *John A. Lee* sucht seine Identität in der Aktion. Er hatte die Gründerjahre im Zeichen von Not, Hunger, Kriminalität erlebt, und aus diesen Erlebnissen gingen seine Bücher hervor. Seine

Schilderungen krasser Realistik, doch durchwirkt von Verletzlichkeit und Stolz des mittellosen Ankömmlings, der sich in harter Arbeit eine hohe Position erschafft – etwa in *Children of the Poor*, *The Hunted*, *Deliquent Days* –, liest sich wie ein Initiationsritual des bewussten Menschen, welcher die magische Welt hinter sich gelassen hat und sich in der Welt von Zivilisation und Technik von Korruption und Brutalität bewähren muss.

Ähnlich stark an der Nabelschnur dessen, was als westliche Zivilisation bezeichnet wird, hängt die kanadische Literatur, die ebenfalls vor allem Emigranteliteratur ist. Die Dichterin *Margaret Laurence* fügt den beiden Polen – altes Europa, neue Heimat – einen dritten zu: ein längerer Aufenthalt in Afrika transponiert ihr Thema: Freiheit und Entfremdung, von der persönlichen auf die über-persönliche Ebene durch das Verständnis jener Völker, die sich vom Kolonialjoch zu befreien im Begriffe stehen.

Der Tagungsort auf der Insel Malta brachte es mit sich, dass die maltesischen Schriftsteller ihre Anliegen und Probleme vorbrachten, nämlich die Situation einer kulturellen Schizophrenie. Die Sprache der maltesischen Intellektuellen ist Malti, eine semitische, arabisch tönende Sprache, welche auf Malta zuerst nur von Bediensteten gesprochen und daher als Küchensprache bezeichnet worden ist. Heute wird sie mit modifizierten römischen Buchstaben auch geschrieben und, im Zeichen einer Besinnung auf die Wurzeln, sogar propagiert. Ereignisse weltgeschichtlichen Formats haben die Insel geprägt, aber zugleich, wie die maltesischen Schriftsteller es beklagen, sie einer eindeutigen Tradition beraubt: Expansion

der Phönizier, Griechen, Römer, der Aufenthalt des Apostels Paulus auf der Insel, die arabische Herrschaft und die Ankunft der Kreuzritter aus Jerusalem, die ein ganzes Gemisch von Sprachen mit sich brachten, der Einfall der Türken im 16. Jahrhundert und der Versuch einer Annektierung Malτας durch Napoleon, als er sich auf dem Weg nach Ägypten befand. Die maltesische Poesie findet in der Literaturzeitschrift *Limestone* ihren Niederschlag, herausgegeben von *Daniel Massa*, dem Organisator der Konferenz. Die Themen kreisen weniger um die groben geschichtlichen Brocken, als um die verborgenen Bedeutungen der archäologischen Zeugnisse, wie Felsengräber, neolithische Tempel, Höhlen der Calypso auf der Nachbarinsel Gozo, gespiegelt in der eigenen seelischen Wirklichkeit, und als Parallele Themen aus der modernen maltesischen Wirklichkeit.

Die Konferenz auf Malta hat gezeigt, dass sich auf der gesamten literarischen Welt Entscheidendes tut, ja die Aufmerksamkeit der Fachwelt beginnt sich etwas vom bislang dominierenden Afrika abzuwenden, da sich dessen schöpferische Euphorie angesichts höchst realer politischer Gegebenheiten oder auch mit zunehmender Saturiertheit von seiten einer verwöhnten Elite etwas zu legen beginnt. Oder es tritt in eine Reihe mit der Literatur aus jenen Ländern, wo eine harte politische und soziale Wirklichkeit den Schriftsteller zutiefst engagiert und in ihm immer wieder Bilder und Visionen des Protestes weckt oder ihn zu Deutung oder Veränderung der Welt zwingt.

Renato Berger

IMPRESSIONEN VOM HÖNGGERBERG

Das Folgende ist nicht im mindesten ein Einwand gegen die neuen ETH-Bauten – diese erfüllen optimal die an sie gestellten Forderungen, zugleich geben sie dem Geschmack unserer Zeit Ausdruck, wie man ihn deutlicher nicht geben könnte. Zürich ist mit Recht stolz darauf, so moderne Hochschulbauten zu besitzen; die Neubauten der Universität werden dahinter gewiss nicht zurückbleiben.

In den Treppenhallen dieser ETH-Bauten waren zu Ende letzten Jahres Originalpläne von Barockbauten und späteren ausgestellt, subtil gezeichnete, in vielen Nuancen verdünnter Tusche lavierte Grundrisse, perspektivische Schnitte, Aufrisse – wer wäre heute im Stand und hätte die Geduld, so zu zeichnen? Im Milieu der Neubauten wirkte das alles wie vom Mond gefallen – der Standort der heutigen Architektur ausserhalb der Architekturgeschichte hätte nicht eindringlicher gezeigt werden können. Noch die grössenswahnsinnigste barocke Palastfassade wirkte in dem gigantischen Labyrinth aus Glas, Metall und Beton geradezu gemütlich; ihre auf den ersten Blick erfassbare – eigentlich naive – Axialsymmetrie mit dem obligaten Mittelakzent hält sie fest zusammen, durch Eckpavillons, mindestens durch Risalite, setzt sie sich selbst ein Ende – im Gegensatz zu den akzentlos ins Unbestimmte wuchernden, dann irgendwo plötzlich abgeschnittenen modernen Fassaden.

Diese Pläne, auch die seither ausgestellten von Frank Lloyd Wright, waren an den Wänden von Vorhallen und Gängen angeheftet; es gibt keinen speziellen Ausstellungssaal – mit Recht,

man hat keine Ursache, den nur noch kuriosen Überbleibseln einer überholten Kultur besonderen Respekt zu erweisen. An einer langen Flucht glatter grauer Sperrholztüren – es könnte der Gang in einem von der Menschenrechts-Kommission approbierten modernen Zellengefängnis sein, besagen die Anschriften, dass sie zu kunst- und architekturgeschichtlichen Instituten und Archiven gehören. Was soll das hier? Geschichtliches hat hier so wenig Sinn und Standort wie Blumenbindekurse und Flötenstunden im Schlachthaus. Diese integral technische Architektur hat keine Wurzeln in der europäischen Kultur, kein Bewusstsein einer Verbindung mit ihr, und kein Bedürfnis danach.

Seit man aus sozialem Ressentiment – Jacob Burckhardts «Pöbelgrimm» – gegen die «elitäre» Bildung die Alten Sprachen als Grundlage einer ihrer Absicht nach umfassenden «humanistischen» Bildung abgeschafft hat, ist eine solche gar nicht mehr offizielles Bildungsziel – also schaffe man konsequenterweise auch die auf dieses ausgerichteten «Freifächer» an den Technischen Hochschulen ab – beziehungslose Rudimente eines Bildungsideals, das in der technischen Welt nichts zu suchen und ihr nichts zu bieten hat.

Vor der triumphalen Entfaltung der Technik stellt sich die alte Frage von neuem, ob Architektur überhaupt an eine Technische Hochschule gehört – in die Nachbarschaft von Kernforschung, Festkörperphysik, Molekularbiologie usw.? Ihre praktischen Randgebiete gewiss: Erdbau, Materialforschung, Statik usw. – aber Architektur im ganzen? Wohin gehörte sie sonst? In den Rah-

men einer Kunstakademie? Gottlob haben wir keine und werden wir hoffentlich keine haben, trotz den massstablosen Forderungen des «Clottu-Berichts».

Die Technisierung geht bis ins Kleine und Einzelne: in den Hörsälen wird der Besucher durch einen Hebelmechanismus auf seinen Platz gedreht wie der Chauffeur im Postauto. Die gewöhnlichen Klappsitze haben zwar ihre Aufgabe hundertprozentig – und vermutlich billiger – erfüllt, aber der «moderne Mensch» ist nun einmal stolz darauf, manipuliert zu werden. Auf den venezianischen Galeeren waren die Sträflinge an ihre Ruderbank angekettet.

In den Vorplatz-Glashallen stehen gewaltige kubische Lehnstühle, obschon sich niemand gerade an diesen Stellen des Durchzugs setzen wird – eines freilich nur optischen Durchzugs, denn ein aerodynamischer Natur-Durchzug, in dem man sich erfrischen – auch erkälten – könnte, ist in dieser klimatisierten Welt ausgeschlossen. Die starkfarbigen gepolsterten Sitz-Kuben sind Kompositionselemente wie die Farb-Rechtecke auf Mondrian-Gemälden, und wie sich diese, wenn sie beweglich wären, nur in rechten Winkeln verschieben liessen, so auch diese Kuben – sie schräg, gar in Kurven zu verschieben, wäre stilwidrig.

Zwischen den dunkelbraun-metallischen Baukuben liegen Teiche und schöne Grünanlagen, bestückt mit interessanten nicht-figuralen Kunstwerken; was sie besagen? – banausische Frage! Sie sagen bedeutsam: «Kunstpflege». Die Vorhalle des Physikgebäudes darf ausnahmsweise ohne besondere Legitimation betreten werden; sie ist der Erdbebenforschung gewidmet. Da erschrickt man über einen auf einen Sok-

kel gespiessten abgeschnittenen Menschenkopf – ein Erdbebenopfer, wie die mumifizierten Leichen von Pompeji? Nein: ein ungefähr lebensgrosser Bronzekopf von Albert Einstein – ein sehr guter Porträtkopf. Genau so auf ein prismatisches Postament montiert wie die seismischen Apparate, schreibt man ihm eben den gleichen Realitätsgrad zu.

Könnte man nicht auch den monumentalisierten Schrott von Tinguely auf den Hönggerberg versetzen? Die Zürichhorn-Anlagen, wo er heute steht, sucht auf, wer sich von der Technik erholen will – dort ist dieser Hohn auf den Leerlauf fehl am Ort. Im Areal der ETH würde er zum Symbol der Vergänglichkeit, die auch den Produkten der Technik nicht erspart bleibt, das Sinnlose bekäme Sinn.

Abends triefen die Baukuben von Licht, wie der schmorende Braten von Fett – sie schwitzen Licht aus allen Poren, es fehlt eine Haut, die es für innen zusammenhalten würde: «Babel d'escaliers et d'arcades / c'était un palais infini ...» immer wieder drängt sich der grandiose Architektur-Traum Baudelaires auf dem Hönggerberg auf, obwohl man sich seine dämonische Vision in den Formen der Pariser Opéra vorgestellt hatte¹. Selbst diese wären aber noch menschenfreundlich, verglichen mit dem Labyrinth aus Glas, Metall und Beton – auch ohne die Najaden und Arkaden des Gedichtes.

Irgendwo führt in einem zylindrischen Betonschacht eine Wendeltreppe wortlos in die Tiefe, vorbei an einer mit schweren Spannriegeln wie gegen inneren Druck gesicherten Panzertüre. Was ist wohl dahinter? Die Heizkessel der Hölle? Die werden gewiss immer auf dem neuesten Stand der Technik gehalten, und ihnen wird das Heizöl

zuallerletzt ausgehen. Dem Eindruck des Gepflegt-Infernalischen ist nicht auszuweichen. Der Apostel Johannes hat den Zeus-Altar zu Pergamon den «Thron des Satans» genannt – welchen Namen hätte er wohl für die ETH-Bauten auf dem Hönnggerberg gefunden?

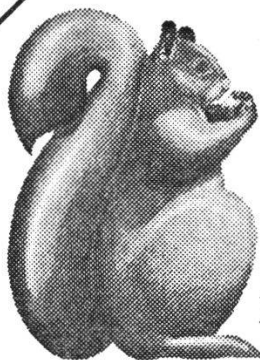
Nach beklommenem Umherirren aufgrund irreführender EXIT-Täfelchen bitte ich einen freundlichen Monteur, mir den Ausgang zu zeigen. Er sagt: «Sie sind nicht der erste.» Auf-

atmend fühlt man sich am Bucheggplatz wieder zu den gewöhnlichen Mitmenschen entronnen – und der ist weissgott noch kompliziert genug. Hier wartet der Autobus zum Krematorium – welch ein Trost.

Emett hätte das zeichnen sollen.

Peter Meyer

¹Charles Baudelaire: «Les Fleurs du Mal, Rêve Parisien», das Gedicht beginnt «De ce terrible paysage –.»



Wanderferien

Ideales Wanderparadies auf der Sonnenterrasse des Bündner Oberlandes, inmitten der herrlichen Alpenwelt (Reizklima Stufe 1), 150 km markierte Wander- und Spazierwege, 500 Ruhebänke, urtümliche Wälder, kristallklare Bergseen.

Spezial Wochenpauschale im Frühsommer und Frühherbst, vor allem für Einzelpersonen und Familien mit kleinen Kindern, die bei uns besonders gern gesehen sind (Kinderspielplatz, Kinderhostess).

Verlangen Sie unser ausführliches Spezialangebot!

Tel. 081 391181, Telex 74 125
7018 Flims

 Park Hotel Waldhaus
Die Oase zeitgemässer Hotelkultur *Flims*